

KURZ UND PRÄGNANT

Fracking abgesagt

Nachdem jetzt das Unternehmen BNK erklärt hat, doch nicht in Thüringen nach Erdgas suchen zu wollen, sagte MdL Tilo Kummer: „Was lange währt, wird doch manchmal gut.“ Dank gelte vor allem den Bürgerinitiativen in Thüringen, aber auch den Unterstützern in anderen Bundesländern, in denen diese Technologie des Fracking bereits eingesetzt wird. Der Abgeordnete mahnt aber weiter zur Vorsicht, da neue Anträge auf Erkundungen nicht auszuschließen seien. Daher halte die LINKE die Novellierung des Bundesberggesetzes auch weiterhin für unabdingbar. Vor allem müsse gewährleistet werden, dass die Öffentlichkeit von Beginn an informiert wird, so Tilo Kummer mit Verweis auf bisher übliche Genehmigungspraktiken. ■

Datenschutz-Skandal

Nachdem der Datenschutzbeauftragte bestätigt hatte, dass die Telefonanlagen bei der Thüringer Polizei und im Bereich des Innenministeriums über so genannte Babyfonfunktionen verfügen und somit die Möglichkeit besteht, dass Bedienstete überwacht werden, ihre Telefongespräche mitgehört und sogar Gespräche in den Diensträumen verfolgt werden können, sagte MdL Sabine Berninger, Mitglied im Datenschutzbeirat:

„Sollte sich herausstellen, dass diese Funktionen in Einzelfällen auch genutzt wurden, wäre dies ein handfester Datenschutz-Skandal in Thüringen. Gerade vor dem Hintergrund der gegenwärtig bundesweit laufenden Debatte um den Beschäftigtendatenschutz ist hier umgehend Klarheit im Sinne eines Ausschlusses der Überwachung von Bediensteten zu schaffen.“ ■

Von Vorteil für Weltnaturerbe Hainich

Den Hainich nicht an die Thüringer Landesforstanstalt einzugliedern, hat der Thüringer Landtag im letzten Jahr mehrheitlich erreicht. „Dies traf aber nicht für die Hainich-Grundstücke zu, sodass die Nationalparkverwaltung keinen unmittelbaren Einfluss auf die Bewirtschaftung der Flächen hat“, sagte der umwelt- und forstpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Tilo Kummer. Deshalb hält er eine symbolische Zusammenführung, z. B. durch einen Nutzungsvertrag, für unumgänglich, womit viele unnötige Abstimmungen zwischen den einzelnen Gremien vermieden werden könnten. „Für das Weltnaturerbe Hainich wäre das nur zum Vorteil“, betonte Tilo Kummer abschließend. ■

Die kommunale Finanzkraft stärken

Aus der Rede Frank Kuschels in der abschließenden Beratung des Landeshaushalts

Um die Rahmenbedingungen dieses Landeshaushalts zu veranschaulichen, hatte der Kommunal-Experte der Linksfraktion, Frank Kuschel, in seiner Rede zu Beginn der abschließenden Landtagsdebatte zum Doppeletat 2013/2014 auf die „erheblichen Unterfinanzierungen bei den Kommunen und den Ländern“ hingewiesen und dies beispielhaft am Zustand der Straßen deutlich gemacht.

„Mindestens 50 Prozent der Landestraßen sind in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Thüringen müsste jedes Jahr 180 Millionen Euro mehr investieren, um in einem überschaubaren Zeitraum von 20 Jahren die Landestraßen in einen in Mitteleuropa üblichen Zustand zu versetzen.“

Die Landesschulden – auch mit diesem Haushalt werden ja keine neuen aufgenommen und es beginnt sogar der Einstieg in die Schuldentilgung – nannte er als weitere Rahmenbedingung. Allerdings, „wenn wir nicht an der Einnahmeseite irgendetwas verändern, werden wir diesen Schuldenabbau nicht händeln“. Dabei sei vor allem Steuergerechtigkeit notwendig, so der Abgeordnete, der unterstrich: „Wir brauchen in Thüringen eine Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform.“ Das betone die LINKE seit 2005, „und wir sind viele Jahre dafür gescholten worden, weil, das ist ja nicht vernünftigerweise steuerpflichtig, wenn eine Oppositionspartei sich einem derart sensiblen Thema stellt“.

Frank Kuschel erläuterte das LINKE Konzept zum Doppelhaushalt: „Für uns ist wichtig, nicht nur über den kommunalen Finanzausgleich die Kommunen zu stärken, sondern auch die kommunale Finanzkraft außerhalb des Finanzausgleichs in den Blick zu nehmen (...) und die Investitionskraft der Kommunen zu stärken. Weitere Schwerpunktsetzungen in unserem Konzept sind die Bereiche Bildung, Soziales, Kultur, Energie und Demokratie. Aber wir fordern auch einen modernen ÖPNV, weil die Mobilität eine neue große Herausforderung für unsere Gesellschaft als Ganzes ist und sich immer mehr als soziale Frage stellt. Zunehmend werden Menschen von Mobilität ausgegrenzt, stehen Mobilität und soziale Stellung in einem kausalen Zusammenhang.“

„Eine Stärke besteht darin, dass wir seit Jahren unsere Vorschläge nicht mit einer höheren Nettokreditverschuldung gegenfinanzieren“, betonte der Oppositionspolitiker. „Auch diesmal akzeptieren wir den Vorschlag der Landesregierung, dass der Landeshaushalt schuldenfrei sei soll.“ Allerdings wolle die LINKE „die 200 Millionen Euro Überschuss, die die Jahresrechnung 2012 offenbar durch Steuermehreinnahmen haben wird, nutzen, um Schulden zu tilgen, aber nicht wie die Landesregierung in einem mittelfri-

stigen Finanzzeitraum, sondern sofort“. Damit werde ein jährlicher Handlungs- und Gestaltungsspielraum von 50 Millionen Euro eröffnet, „und diese 50 Millionen stellen wir unmittelbar den Kommunen zur Verfügung“, sagte Frank Kuschel.

Wörtlich weiter: „Wir federn damit den Anpassungsprozess der Kommunen am neuen Finanzausgleich ab und daneben haben wir außerhalb des Fi-



nanzausgleichs weitere investive Förderungen in Höhe von 24 Millionen Euro jährlich vorgesehen. Im Bereich Schulen sind das 15 Millionen Euro, für Theater und Museen fünf Millionen, bei den Sportstätteninvestitionen zwei Millionen Euro und im Bereich der erneuerbaren Energien auch zwei Millionen.“ Damit könnten den Kommunen 74 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, den Härtefonds hinzugerechnet wären es zusammen 104 Millionen.

Jedoch „sind wir auch an unsere Grenzen gestoßen, was Umschichtungen im Landeshaushalt angeht“, so der LINKE Politiker. Er verwies auf „die Strukturprobleme in diesem Land“. 600 Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern – „eine solche Struktur ist nicht leistungsfähig über den Finanzausgleich dauerhaft zu finanzieren“. „Wir haben auf der Ausgabenseite in-

zwischen eine Situation, dass die (17) Landkreise 60 Prozent ihrer Gesamtausgaben für Sozialleistungen aufbringen müssen. Dann kommen noch 25 Prozent Personalkosten hinzu. Da ist nichts mehr zu machen, weil die Landkreise in den letzten Jahren bereits rigoros Personal abgebaut haben. Das heißt, es verbleiben noch 15 Prozent für die Bereiche Schulen, Kreisstraßen, Kultur usw. Die Gestaltungsspielräume gehen auf Landkreisebene de facto gegen Null.“ Hinzu kommt: „Die Thüringer Kommunen haben nach wie vor eine unterdurchschnittliche Steuerkraft. Weniger als 25 Prozent ihrer Gesamteinnahmen kommen aus eigenen Steuern. Das resultiert daraus, dass die kommunalen Steuern im Wesentlichen einkommens- und wirtschaftsorientiert sind, also immer noch ein sehr niedriges Niveau haben. Das heißt im Umkehrschluss, fast 60 Prozent der Einnahmen resultieren aus Landeszuweisungen aus dem Finanzausgleich, also eine hohe Abhängigkeit.“

Als letzten Punkt ging Frank Kuschel nochmals auf die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform ein. Was das offiziell noch zurück gehaltene Gutachten der Expertenkommission der Landesregierung betreffe, fühle er sich als Landtagsabgeordneter im Regen stehen gelassen. Während es Teile der Öffentlichkeit offenbar schon hätten, werde es dem Landtag vorenthalten.

Was die notwendigen Reformen betreffe, seien „die Konflikte jetzt bei der CDU angekommen, aber Frau Schweinsburg, Landrätin im Landkreis Greiz, und die Herren Mohring, Fiedler und Voigt blockieren seit Jahren eine sachliche Diskussion darüber, und zwar ohne Rücksicht auf Verluste, nicht nur Verluste in den eigenen Reihen, sondern auch Verluste für dieses Land“.

Archiv-Foto: Frank Kuschel bei einer Kommunal-Aktion im vergangenen Oktober vor dem Landtag in Erfurt. ■

Kreisgebietsreform: Diskussion versachlichen!

Wie hoch sensibel die Diskussion über eine mögliche Kreisgebietsreform ist, zeigt die Reaktion des Landrates aus dem Eichsfeld. Dieser „drohte“ jetzt mit einem Wechsel nach Niedersachsen, falls es in Thüringen zu einer Kreisgebietsreform kommen sollte.

Dazu erklärte Frank Kuschel: „Es ist allerdings fraglich, ob Herr Henning tatsächlich die Meinung der Bürgerinnen und Bürger aus dem Eichsfeldkreis wiedergibt. Zudem ist auch zu hinterfragen, ob Niedersachsen überhaupt bereit wäre, einen Landkreis aus Thüringen zu übernehmen. Als kommunaler Wahlbeamter und langjähriger Landrat sollte sich Herr Henning für eine Versachlichung der Diskussion einsetzen und sich nicht, wie einige Hardliner aus der CDU-Landtagsfraktion, bereits vor Veröffentlichung des Expertengutachtens zur Kreisgebietsreform als Blockierer profilieren und damit auch der eigenen Ministerpräsidentin in den Rücken fallen.“

Der LINKE-Abgeordnete hat hierzu eine Mündliche Anfrage an die Landesregierung gerichtet. Darin thematisiert er u.a. die Mitwirkungsrechte der kreisangehörigen Gemeinden des betroffenen Landkreises in einem solchen Verfahren. Die Anfrage muss während der nächsten Landtagssitzung am 14. Februar beantwortet werden. ■